



Landratsamt Fürth
Amtsperiode 2014/2020

Niederschrift über die öffentliche 13. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungsdatum: Montag, 25.11.2019
Beginn: 08:30 Uhr
Ende: 10:45 Uhr
Ort: Landratsamt Zirndorf, Im Pinderpark 2,
Besprechungszimmer 2.12

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Landrat Dießl, Matthias

Ordentliche Mitglieder

Kreisrätin Bischoff, Silvia
Kreisrat Gaul, Maximilian
Kreisrat Höfer, Bertram
Kreisrätin Inci, Britt
Kreisrätin Rietzke, Stefanie
Kreisrat Tiefel, Stefan
Kreisrätin Zahl, Elke
Bischoff, Michael
Butt, Stephan
Fremuth, Günter
Kanzler, Michaela
Reichel, Irmgard
Wolf, Kerstin

Vertretung für Herrn Christian Löbel
Vertretung für Herrn René Rosenzweig

Beratende Mitglieder

Breer, Elisabeth
Brehm, Wilfried, Dr. Schulamtsdirektor
Hallenberger, Ute Verwaltungsrätin
Höfler, Christina Richterin am Amtsgericht Fürth
Kucharska, Charmaine
Meyer, Roland Polizeirat
Rohleder, Thomas

Schriftführer/in

Greger, Yvonne Verwaltungsangestellte

Verwaltung

Breitenbach, Andrea Verwaltungsangestellte
Cetinkaya, Sevgi Praktikantin
Dietz, Beate Redakteurin Fürther Nachrichten
Hammerer, Theresa Inge Anwärtlerin 2. QE
Himmelhuber, Manuela
Höppner, Tabea Verwaltungsangestellte
Knoll, Benjamin Verwaltungsamtmann
Kohler, Martin Verwaltungsamtsrat
Maurer, Marco
Schramm, Michael Verwaltungsamtsrat
Oberregierungsrätin Walter, Karin

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ordentliche Mitglieder

Kreisrat Forman, Franz Xaver, Stv. Landrat
Löbel, Christian
Rosenzweig, René

Beratende Mitglieder

Lothes, Michael
Potthoff, Jörg
Schuster, Julia

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|-----|---|-----------------|
| 1 | Verpflichtung und Vereidigung | |
| 2 | Genehmigung der Niederschrift über die 12. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.05.2019 | |
| 3 | Mitteilungen | |
| 3.1 | Kindertagesbetreuung - aktuelle Situation und Bedarfsplanung | 132/2019 |
| 3.2 | Begleiteter Umgang und Umgangspflegschaften | 136/2019 |
| 3.3 | Frühe Hilfen | 137/2019 |
| 3.4 | Jahresplanung der Kommunalen Jugendarbeit für das Jahr 2020 | 139/2019 |
| 4 | Endgerätaugliche Informationsplattform für Familien | 133/2019 |
| 5 | Bedarfsgerechter Einsatz von Jugendsozialarbeit an Schulen - Mittelschule Zirndorf | 134/2019 |
| 6 | Fortführung der Fachstelle Partizipation | 135/2019 |
| 7 | Erhöhung des Zuschusses für den Verein Wildwasser Nürnberg e.V. | 138/2019 |
| 8 | Haushaltsentwurf 2020 für das Jugendamt | 140/2019 |
| 9 | Anfragen | |

Landrat Matthias Dießl eröffnet um 08:30 Uhr die 13. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Gegen die Tagesordnung bestehen keine Einwendungen.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Verpflichtung und Vereidigung

Der Vorsitzende vereidigt Stephan Butt und Michaela Kanzler als ordentliche Mitglieder des Jugendhilfeausschusses. Außerdem wird Dr. Wilfried Brehm als beratendes Mitglied verpflichtet.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 12. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.05.2019

Gegen die Niederschrift über die 12. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.05.2019 bestehen keine Einwendungen.

Einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0

TOP 3 Mitteilungen

TOP 3.1 Kindertagesbetreuung - aktuelle Situation und Bedarfsplanung

Michael Schramm, Jugendhilfeplanung, informiert über die Situation und die Planung bei der Kindertagesbetreuung im Landkreis Fürth.

8:40 Uhr Kreisrätin Britt Inci kommt zur Sitzung

Kreisrätin Stefanie Rietzke zeigt sich verwundert, dass der Markt Roßtal in der Darstellung der Ausbauplanungen nicht berücksichtigt wurde. Roßtal weise zwei sehr große Baugebiete aus und erwarte den Zuzug von ca. 90 Familien. Daher werde es eine höhere Nachfrage an Betreuungsplätzen geben.

Michael Schramm antwortet, dass die Verwaltung hierzu mit der Gemeinde im Austausch sei. Die Betreuungsplätze habe man deshalb noch nicht berücksichtigt, da die Baugebiete noch in Planung waren. Sobald klar sei, wie viele Plätze benötigt werden, werde man die Zahlen in die Bedarfsplanung aufnehmen.

Zu einer weiteren Frage von **Kreisrätin Rietzke** zum leichten Rückgang der Prognosewerte aus der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes, erläutert **Michael Schramm**, dass dort ein Durchschnitt der Bevölkerungszahlen ermittelt werde. Bei entsprechendem Bevölkerungszuwachs, wenn mehr Kinder zuziehen als angenommen, müssen diese Zahlen wieder erhöht werden.

Kreisrat Bertram Höfer begrüßt das Prognosetool. Das Tool sei für die Kommunen ein weiterer Schritt, den Betreuungsbedarf in den nächsten Jahren möglichst genau zu ermitteln und handfestere Zahlen zu bekommen. Eventuell könne man das Prognose-Tool noch ausbauen, wenn es zu falschen Annahmen führe.

Michael Schramm, erwidert, aus diesem Grund gebe es das Monitoring-Tool, um die Entwicklung nachzuvollziehen. Eine Prognose könne auch mal danebenliegen oder die tatsächliche Situation entwickle sich anderes. Dann müsse entsprechend angepasst werden.

Der **Vorsitzende** führt aus, dass der Landkreis die Kommunen seit 2008 intensiv unterstütze, ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot sicherzustellen. Durch den permanenten Planungsprozess bekomme man eine immer bessere Planungsschärfe. Die Gemeinden seien deutlich

klarer in ihrer Prognose und liegen teilweise über den statistischen Werten. Der Landkreis habe dadurch eine relativ gute Planung aufgebaut und sei nah an den Bedarfen. Er lobt die Gemeinden für ihre gewaltigen Anstrengungen bei der Bedarfsplanung der Kinderbetreuung. Angesichts der stark wachsenden Nachfrage nach Betreuungsplätzen sei neben den Investitionen in den Bau auch die Gewinnung von ausreichend Fachkräften eine große Herausforderung für alle.

Kreisrat Maximilian Gaul erkundigt sich, wie sich das „Ei des Piazolo“ auf die Situation ausgewirkt habe. Abschließend führt er aus, dass er einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz für Grundschüler und die damit verbundenen Investitionen in Räumlichkeiten und dem zusätzlichen Personal sehr kritisch sehe.

Michael Schramm entgegnet, dass die Verwaltung Prognosen der statistischen Landesämter verwende und keine Zahlen hierüber habe.

Kreisrätin Stefanie Rietzke führt aus, dass die Prognose im Landkreis eine große Herausforderung sei, weil so viele Faktoren hineinfließen. Wegen des Fachkräftemangels und der Nutzung der Kindertageseinrichtungen sei es wichtig mehr zu kooperieren und multifunktionale Lösungen zu finden.

Kreisrätin Elke Zahl verweist auf den Rechtsanspruch auf Betreuung von Kindern unter drei Jahren und die Anstrengungen der Gemeinden, das Betreuungsangebot sicherzustellen. Sie ist der Meinung, dass man für den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern ein Gemeinschaftskonzept brauche, da letztendlich der Rechtsanspruch andere Leistungen, wie den Straßenbau, verdränge.

Der **Vorsitzende** erklärt, bei allen Herausforderungen möchte er den Fokus darauf legen, dass der Landkreis deutlich familienfreundlicher geworden sei. Dies zeigen die Ausbaubemühungen und die Entwicklung der Zahlen. Es freue ihn, dass Kinder wieder einen neuen Stellenwert im Landkreis haben und die Familien wieder mehr Kinder bekommen.

TOP 3.2 Begleiteter Umgang und Umgangspflegschaften

Der Jugendhilfeausschuss nimmt vom Sachstandsbericht Kenntnis.

TOP 3.3 Frühe Hilfen

Der Jugendhilfeausschuss nimmt vom Sachstandsbericht Kenntnis.

TOP 3.4 Jahresplanung der Kommunalen Jugendarbeit für das Jahr 2020

Andrea Breitenbach stellt kurz die Besonderheiten und die neuen Ideen des Programms für 2020 vor. Dazu gehören das Fachsymposium am 7. Mai 2020 in Puschendorf mit den Schwerpunkten Medienkompetenz und Jugendmedienschutz in Zusammenarbeit mit dem Medienzentrum Parabol und der Landkreis-Elternabend am 9. Juli 2020 zum Thema Zeitmanagement.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt von der Jahresplanung Kenntnis.

TOP 4 Endgerätetaugliche Informationsplattform für Familien

Kreisrat Maximilian Gaul informiert, dass der Unterausschuss Runder Tisch Familie intensiv darüber beraten habe und dem Jugendhilfeausschuss empfehle, der neuen Familien-Informationsplattform zuzustimmen.

Kreisrätin Stefanie Rietzke äußert, dass die neue Informationsplattform die Zeit widerspiegle und ein positives Beispiel für die Digitalisierung sei. Sie möchte wissen, ob man ein Forum ein-

binden könne, in dem sich die Eltern untereinander austauschen können. Eventuell könne man eine Fachkraft zwischenschalten.

Tabea Höppner, Jugendhilfeplanerin, antwortet, es sei vorgesehen dies mit zu entwickeln. Die Funktion werde aber beim Start der App im nächsten Jahr noch nicht verfügbar sein.

Kreisrätin Elke Zahl merkt an, dass die neue Informationsplattform eine sehr übersichtliche Webseite mit großer Themenvielfalt sei. Sie hält es für äußerst unterstützenswert, dass die Verwaltung diesen Schritt in Richtung Zukunft gehe und damit den Landkreis ein Stück weit zum Vorreiter mache.

Michael Bischoff bringt einen Aspekt aus der Arbeit der Wohlfahrtsverbände ein. Er gibt zu bedenken, dass es trotz des digitalen Zeitalters Zielgruppen gebe, die aufgrund sprachlicher oder andere Barrieren nicht in der Lage sind, auf ein digitales Angebot zuzugreifen. Wesentlich sei daher auch der analoge Kontakt mit Zielgruppen, erste Kontaktflächen zu ermöglichen und ein erster Informationsaustausch in Sozialräumen, um dann auf digitale Angebote hinzuweisen. Aus diesem Grund lädt er im Namen der anderen Kollegen aus den Wohlfahrtsverbänden ein, nicht nur einseitig auf eine digitale Plattform zu setzen, sondern mit realen Beratungs- und Sozialraumangeboten im Landkreis zu verknüpfen.

Der **Vorsitzende** stellt klar, dass die neue Familien-Informationsplattform kein substituierendes Angebot sei. Auch wenn der Runde Tisch angeregt habe, ein Forum einzubinden, soll diese nicht den persönlichen Kontakt ersetzen. Man sehe die App als zwingendes Erfordernis, um zeitgemäß entsprechende Angebote online zur Verfügung zu stellen. Über die Angebote werde jedoch nicht nur digital, sondern auch analog informiert, beispielsweise mit der Familienbrochüre.

Kerstin Wolf weist darauf hin, dass ein Forum eine gute Moderation und viel Zeit benötige.

Der **Vorsitzende** stimmt dem zu. Die Verwaltung werde die Voraussetzungen und datenschutzrechtlichen Vorschriften für den Betrieb eines Forums sehr kritisch betrachten und dann entscheiden, ob man ein Forum in die App integrieren wolle.

Zum Einwand von Michael Bischoff führt **Kreisrätin Stefanie Rietzke** aus, sie sei absolut bei ihm, dass das Digitale das Analoge nicht ersetzen dürfe. Sie sehe die neue Informationsplattform als Anlaufstelle für junge Familien. Die gesteigerte Internetnutzung der 15 bis 29jährigen zeige, dass es der richtige Zeitpunkt sei, um einzusteigen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt die Beauftragung eines geeigneten Anbieters zur Einrichtung und laufenden Pflege eines endgerätauglichen Familieninformationssystems. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel werden im Haushalt 2020 sowie in den Folgejahren vorgesehen (Produkt 3639.1100).

Einstimmig beschlossen Ja 14 Nein 0

TOP 5	Bedarfsgerechter Einsatz von Jugendsozialarbeit an Schulen - Mittelschule Zirndorf
--------------	---

Kreisrat Maximilian Gaul erklärt, Ziel in der Kinder- und Jugendhilfe seien seit Jahren die niederschweligen Angebote. Die CSU-Fraktion befürwortet daher eine solche Stellenschaffung.

Auch **Kreisrätin Elke Zahl** befürwortet die Jugendsozialarbeit. Sie kennt die Schule und die oft schwierige Situation, die man durch den Einsatz eines Jugendsozialarbeiters von außen viel eher entschärfen könne. Künftig werde man sich mehr mit Jugendsozialarbeit befassen müssen, denn in fast allen Schulen gebe es Probleme, die über den Lehrplan hinausgehen. Wichtig

sei, frühzeitig mit diesen Angeboten zu reagieren. Sie ist der Meinung, dass Jugendsozialarbeit beim Ausbau der Ganztagsangebote an den Schulen eine große Rolle einnehmen werde.

Kreisrätin Britt Inci findet es gut, wenn zusätzlich eine JaS-Kraft eingestellt wird, um die Arbeit der Lehrer zu ergänzen und zu entlasten. Sie hält JaS-Kräfte für alle Schularten notwendig und möchte wissen, ob Jugendsozialarbeit auch für Realschulen und Gymnasien vorgesehen sei.

Der **Vorsitzende** antwortet, dies müsse man am Bedarf festmachen. Wenn man nur einzelne Fälle an einer Schule habe, gebe es Angebote des ASD im Einzelnen oder soziale Gruppenarbeit. Es sei Aufgabe des Jugendamtes den Bedarf im Blick zu haben und adäquate Angebote zu schaffen. Mit dem Ansatz, an allen Schulen pauschal Jugendsozialarbeit durchzuführen, würde man über das Ziel hinausschießen.

Ute Hallenberger, Jugendamtsleiterin, ergänzt, auch an Realschulen sei der Einsatz von Jugendsozialarbeit nicht förderschädlich. Wenn keine Förderung möglich wäre, aber der Bedarf vom Jugendamt gesehen werde, wäre der Landkreis gemäß § 13 SGB VIII in der Pflicht.

Frau Wolf bestätigt, dass alle Schulen bis auf Gymnasien in das Förderprogramm können.

Tabea Höppner, führt aus, die Förderrichtlinie des Freistaates laufe Ende des Jahres aus. Grundsätzlich plane der Freistaat eine Verlängerung und Ausweitung des JaS-Einsatzes. Es gebe aber noch keinen neuen Entwurf.

Der **Vorsitzende** erklärt, man dürfe Leistungen der Jugendhilfe nicht von einem Förderprogramm abhängig machen. Wenn es einen Bedarf gebe, müsse man dem nachkommen auch ohne Förderung, wie beispielsweise bei der Stelle des Konfliktmanagers.

Elisabeth Breer erklärt, dass Jugendsozialarbeit aus Sicht der Erziehungsberatungsstelle dringend notwendig sei. Gleichzeitig gebe es auch einen sehr hohen Bedarf an Elternarbeit. Der Bedarf an Hilfs- und Beratungsangeboten vor Ort in den Schulen sei sehr hoch und es mache einen Unterschied, ob sie in die Beratungsstelle kommen oder vor Ort sind.

Kerstin Wolf stellt infrage, ob es sinnvoll sei, dass Jugendsozialarbeiter die kompletten Ferien frei haben. Aus ihrer Erfahrung als JaS-Fachkraft und aus Kooperationstreffen für Projekte mache es durchaus Sinn, ein bis zwei Wochen in den Ferien zu arbeiten. Damit hätte man die nötige Zeit, ohne Kontakt zu Klienten, Dokumentation zu machen.

Tabea Höppner antwortet, man müsse warten, wie die Jugendsozialarbeit an der Mittelschule Zirndorf anlaufe und ob die Förderung bewilligt werde, was mehr Bürokratie bedeute. Das Konzept sei flexibel und werde jährlich auf seine Aktualität hin geprüft und an aktuelle Entwicklungen angepasst.

Kreisrätin Britt Inci äußert, natürlich soll eine JaS-Kraft nur eingesetzt werden, wenn der Bedarf besteht und nicht nur, weil es ein Förderprogramm gebe. Hier stimme sie zu. Sie sei aber der Meinung, dass es auch an den Gymnasien mittlerweile diesen Bedarf gebe. Sie plädiert dafür, dass alle Schularten das Angebot bei Bedarf nutzen können.

Der **Vorsitzende** stellt nochmals klar, dass der Landkreis keine Schulform ausschließe. Wenn man der Meinung sei, dass ein Gymnasium eine JaS-Kraft benötigt, werde man die JaS-Kraft einsetzen, auch wenn sie nicht gefördert werde. Es gebe die Aufgabenstellung Jugendhilfe zu machen, die wolle der Landkreis bedarfsgerecht und gut machen.

Auf den Hinweis von **Charmaine Kucharska**, dass in der Realschule Zirndorf bereits eine Sozialpädagogin eingesetzt werde, erklärt der Vorsitzende den Unterschied zwischen Schulsozialarbeit und den Einsatz von Jugendsozialarbeit an Schulen. Schulsozialarbeit richte sich an alle Schülerinnen und Schüler im Schulalltag und unterstütze die Schulen. Jugendsozialarbeit hingegen sei ganz individuelle Fallarbeit. Auch wenn bei Schulsozialarbeit und Jugendsozialarbeit Sozialpädagogen eingesetzt werden, könne man die beiden Angebote nicht miteinander vergleichen.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss stellt den Bedarf für den Einsatz von Jugendsozialarbeit gem. § 13 SGB VIII an der Mittelschule Zirndorf fest.
2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung des Jugendamtes, eine unbefristete JaS-Stelle mit 88,3% des Vollzeitäquivalents in die Stellenplanung 2020 aufzunehmen, wobei die Fachkraft an der Mittelschule Zirndorf in Vollzeit während der Schulzeit eingesetzt werden soll.

Einstimmig beschlossen Ja 14 Nein 0

TOP 6 Fortführung der Fachstelle Partizipation

Kreisrat Bertram Höfer findet die Fortführung der Fachstelle unterstützenswert, weil es eine wertvolle Arbeit für die Kommunen und den Landkreis sei, auch wenn es Rückschläge und Schwierigkeiten gebe. So müssen Prozesse immer wieder nachjustiert werden. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an öffentlichen Prozessen habe etwas sehr Gewinnbringendes. Er betont die Wichtigkeit, junge Menschen früh an demokratische Prozesse heranzuführen.

Auf Nachfrage von **Kreisrätin Inci** erklärt der **Vorsitzende** den Begriff Juleica-Schulung. Juleica sei eine Jugendleiterkarte für ehrenamtliche Mitarbeiter in der verbandlichen Jugendarbeit, die Angebote der Jugendarbeit betreuen. Um diese Jugendleiterkarte zu erhalten, müsse man entsprechende Kurse durchlaufen. Inhaber einer Juleica erhalten für ihr ehrenamtliches Engagement die Bayerische Ehrenamtskarte.

Kerstin Wolf informiert hierzu, dass der Kreisjugendring gemeinsam mit dem Stadtjugendring im letzten Jahr erstmalig wieder eine Ausbildung für Jugendleiter/innen angeboten habe, die zum Erhalt der Juleica berechtige. Dieses Angebot wolle man fortführen.

Michael Bischoff findet es ausgesprochen positiv und begrüßenswert, dass eine Stelle, die nicht durchgängig nach außen erfolgreich war, sondern auch ausprobiert habe, weiterhin unterstützt werde. Die Fortführung des Projekts mache es möglich, weitere Jahre Kompetenzen und Erfahrungen anzusammeln, um festzustellen, welche Instrumente der Partizipation an welcher Stelle geeignet sind.

Kreisrat Maximilian Gaul erklärt, der Runde Tisch Familie habe die Sache intensiv begleitet und sehe die Probleme. Partizipation sei ein wichtiges Anliegen im Jugendhilfeplan. Daher befürworte der Runde Tisch Familie, die Fachstelle Partizipation befristet fortzusetzen.

Kerstin Wolf informiert, dass sich der Kreisjugendring bereits in seiner Klausur mit der Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten beschäftigt habe. Für den Vorstand des Kreisjugendrings sei es eine Herzensangelegenheit, junge Menschen in Demokratie zu bilden und zu fördern.

Der **Vorsitzende** beauftragt die Verwaltung, die Fachstelle Partizipation durch die Regierung im Vorfeld genehmigen zu lassen, damit die Stelle umgehend besetzt werden kann und nicht erst nach Genehmigung des Haushalts.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreistag

- 1) die Fortführung der Fachstelle Partizipation ab dem 20. Juni 2020 im Umfang von 15 Wochenstunden und erneut befristet für drei Jahre sowie
- 2) die Aufnahme in den Stellenplan 2020 und die Bereitstellung des erforderlichen Budgets.

Einstimmig beschlossen Ja 14 Nein 0

TOP 7 Erhöhung des Zuschusses für den Verein Wildwasser Nürnberg e.V.

Elisabeth Breer begrüßt die Erhöhung des Zuschusses. So könne die Erziehungsberatungsstelle wieder mehr Personen an Wildwasser e.V. verweisen, beispielsweise bei der Prozessbegleitung oder dem Umgang mit der Polizei zur Beratung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Erhöhung des Zuschusses an den Verein Wildwasser e.V. auf jährlich 3.000 € ab dem Haushaltsjahr 2020 zu und beauftragt die Verwaltung des Jugendamtes, den erhöhten Festbetrag im Haushalt 2020 sowie in den Folgejahren zu berücksichtigen (Produkt 3632.1100).

Einstimmig beschlossen Ja 14 Nein 0

TOP 8 Haushaltsentwurf 2020 für das Jugendamt

Jugendamtsleiterin **Ute Hallenberger** stellt den Haushaltsentwurf 2020 für das Jugendamt vor. Die Aufwendungen werden voraussichtlich ca. 17,4 Mio. € betragen, dies seien fast drei Prozent mehr als 2019. Sie geht auf den Anstieg der erzieherischen Probleme kurz ein, stellt den Unterschied zwischen Schulsozialarbeit und Jugendsozialarbeit dar, informiert über die Fallzahlen der einzelnen Hilfen im Landkreis und erklärt abschließend, welche Gelder für die einzelnen Bereiche benötigt werden.

Auf Nachfrage von **Kreisrätin Britt Inci** antwortet Frau Hallenberger, dass aktuell vom Kreisjugendamt 58 junge Flüchtlinge betreut werden.

Kreisrat Maximilian Gaul führt aus, wenn man den Eigenanteil anschaut, dann seien dies drei große Gemeinden im Landkreis, die nur für den Bereich der Jugendhilfe ihre Gelder über die Kreisumlage zur Verfügung stellen. Dies zeige den hohen Stellenwert der Kinder und Jugendlichen für den Landkreis. Es werde gute Arbeit geleistet. Aber die Entwicklung, die sich hier aufbaue, müsse einen mit großer Sorge erfüllen. Er frage sich jedes Jahr erneut, was mit der Gesellschaft los ist.

Der **Vorsitzende** erwidert, dass ein Hebesatzpunkt, ein Prozent Kreisumlage, im Jahr 2020 aufgrund der gewachsenen Steuereinnahmen in etwa 1,4 Mio. € entsprechen werde.

Kreisrätin Elke Zahl ist ebenfalls über die Entwicklung der Fallzahlen hilfebedürftiger Kinder und Jugendlicher beunruhigt. Auch wenn dies nur eine geringe Prozentzahl sei, habe sie den Eindruck, die Kinder lebten zwischen Helikopter-Eltern und Vernachlässigung und hätten keine Chance sich entwickeln zu können. Wobei sich die Frage stellt, wie lange sich die Gesellschaft dies leisten könne.

Kreisrat Bertram Höfer merkt an, der Bericht zeige immer wieder, dass es der richtige Weg sei, möglichst viel Anstrengungen, Geld und Personal in präventive Maßnahmen für Kinder und Jugendliche zu investieren. Es sollte eine Ermutigung sein, dies auch weiterhin zu tun.

Ute Hallenberger bestätigt, dass es wichtig sei, durch Prävention, frühzeitig Weichen zu stellen und die Entwicklung positiv zu beeinflussen. Sie verweist auch auf die Frühen Hilfen der KoKi und das Spielmobil der Kommunalen Jugendarbeit, die sich für Prävention und eine frühzeitige Unterstützung von Familien einsetzen.

Kreisrätin Stefanie Rietzke sieht das Problem in den hohen Fallzahlen bei Trennung und Scheidung, der Doppelbelastung der Mütter und dem gewachsenen Druck der Gesellschaft. Sie ist der Meinung, dass es mehr Präventionsarbeit im Hinblick auf Angebote für Eltern und Familien bedarf und es noch mehr Informations- und Aufklärungsgespräche mit den Familien und Eltern geben müsse.

Elisabeth Breer führt aus, dass die Erziehungsberatungsstelle Kinder, Jugendliche und Eltern bei Problemen, Trennung, Scheidung, Erziehungsfragen usw. berät. Sie gibt zu bedenken, dass die Inanspruchnahme von Hilfen gestiegen sei, dass die Gesellschaft Gewalt in Familien und Missbrauch eher wahrnehme und mögliche Verdachtsfälle melde. Wenn die Familien früher die Beratung suchen, bedeute dies automatisch höhere Aufwendungen. Vor 50 Jahren habe es ähnlich viele Menschen gegeben, die gelitten haben, jedoch keine Hilfe bekommen haben.

Der Vorsitzende betont, dass das Geld, das ausgegeben wird, erst erwirtschaftet werden muss. Wenn es gelingt, dass die Menschen Arbeit haben und weitere Arbeitsplätze geschaffen werden, dann könne man dies auch weiterhin finanzieren. Dieser Rückschluss falle aus seiner Sicht in manchen aktuellen gesellschaftlichen Situationen etwas hinten runter.

Kreisrätin Britt Inci ist beeindruckt, wie sich der Landkreis in den verschiedenen Bereichen wirklich gut kümmert und frühzeitig die richtigen Hilfen anbietet. Andererseits müsse auch der Beruf des Erziehers, des Lehrers und sozialpädagogische Berufe mehr Wertschätzung erfahren. Sie verweist auf den Erzieher- und Lehrkräftemangel an Grundschulen. Es sei wichtig, den Bedarf eher zu erkennen und entsprechend zu handeln.

Kerstin Wolf bekräftigt die Wortmeldung von Frau Breer. Im Bereich des § 35 a gehe es u.a. um Legasthenie-/Dyskalkulie-Therapien für junge Menschen, um sie fit zu machen für die Schule und den Arbeitsmarkt. Diese Förderung habe nichts damit zu tun, ob diese Menschen später eine ganze normale Familie gründen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem vorliegenden Haushaltsentwurf zu und empfiehlt dem Kreistag die Übernahme in den Gesamthaushalt 2020.

Einstimmig beschlossen Ja 14 Nein 0

TOP 9 Anfragen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Landrat Matthias Dießl schließt um 10:45 Uhr die 13. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Zirndorf, den 02.04.2020

Matthias Dießl
Landrat

Yvonne Greger
Schriftführer/in